

## **Positionspapier von SIG und PLJS zur Selbstbestimmungsinitiative**

### **Menschenrechte schützen jeden Einzelnen**

Menschenrechte schützen jeden Einzelnen von uns ohne Unterschied. Gerade Angehörige religiöser, ethnischer oder kultureller Minderheiten sind auf diesen Schutz angewiesen. Ein Aufweichen der Menschenrechte bedeutet ein Aufweichen des Minderheitenschutzes. In einem demokratischen Rechtsstaat müssen Minderheiten umfassend verbriefte Rechte und Schutz geltend machen können. Denn die Geschichte zeigt, dass dies nicht selbstverständlich ist.

### **Für uns Juden und Jüdinnen unerlässlich**

Die jüdische Gemeinschaft blickt auf eine leidvolle Geschichte zurück. Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt gegen die jüdische Minderheit wurden oft durch fehlende oder aufgeweichte Grundrechte und Schutzgarantien begünstigt. Heute gewähren die im Völkerrecht verankerten Prinzipien den Juden und all den anderen Minderheiten mehr Sicherheit. Gerade die Europäische Menschenrechtskonvention ist ein Nationen und Gesellschaften übergreifendes Regelwerk, das die Rechte der Einzelnen definiert und garantiert. Genau diese Konvention, die jeden Einzelnen schützt und diese Rechte auch gegenüber dem Staat vor einem internationalen Gericht einfordern kann, ist durch die Initiative gefährdet. Doch wissen gerade wir als Juden, dass nur das unmissverständliche Bekenntnis zu diesen Rechten den Schutz für Minderheiten sichert. Zum Schutz der Menschenrechte ist eine dem staatlichen Recht (und der staatlichen Rechtsprechung) übergeordnete Institution zwingend nötig.

### **Menschenrechte als Teil unserer Demokratie**

Die Bewahrung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz ist ein wichtiges Zeichen gegen innen. Die Menschenrechte sind Teil unseres rechtstaatlichen Verständnisses und letztlich unserer Demokratie, die unser Land auszeichnen und seine Werte und Stabilität ausmachen. Es ist aber auch ein Zeichen gegen aussen. Die Schweiz ist es sich selbst und der Völkergemeinschaft gegenüber schuldig, sich klar zu den im Völkerrecht verankerten Werten zu bekennen und diese beispielhaft zu untermauern. Eine Annahme der Initiative schwächt das Bekenntnis der Schweiz zu den Menschenrechten und gefährdet deren Umsetzung.

Als religiöse Minderheit, die seit über 150 Jahren in diesem Land Gleichberechtigung und Schutz geniessen darf, sind wir verpflichtet, hier klar Stellung zu beziehen.

**Aus all diesen Gründen lehnen SIG und PLJS die Selbstbestimmungsinitiative entschieden ab.**

Zürich, 20. September 2018